

Aporien von Kontingenzeinsicht

Als Donald Trump sich 2016 zur Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stellte, glaubten nur wenige innerhalb der Partei der Demokrat:innen aber auch innerhalb der Medienlandschaft an seinen Sieg. Zu offensichtlich waren sein unprofessionelles Auftreten, der fehlende Umgang mit Expertise und seine nationalistisch ausgerichtete Gesinnung. Seit seinem Sieg hat sich jedoch eine Tendenz normalisiert, die unter der Ära Kohl noch als »geistig-moralische Wende« (vgl. Biebricher 2018) ausgerufen wurde, aber schon eher in einem zivilgesellschaftlichen, aber auch parteipolitischen Ruck nach rechts innerhalb der sogenannten »westlichen Welt« zu bemerken war. Mittlerweile haben es in fast allen europäischen Ländern rechtspopulistische Bewegungen in den politischen Alltag geschafft¹ und sich bisweilen sogar als stärkste Kräfte etabliert. Gerade in Deutschland zeigen Umfragewerte, insbesondere im Kontext des »Sommers der Migration«, ein gesellschaftliches Verlangen nach einer orientierungsstiftenden und auf Sicherheit setzenden politischen Kultur. Hinzu kommen eine allgemeine Skepsis gegenüber supranationalen Institutionen und damit ein erneutes Pothen auf das seit dem Wiener Kongress fest verankerte Prinzip der (nationalstaatlichen) Souveränität. Die lang andauernden Brexit-Bemühungen Großbritanniens zeugen von dem in manchen Teilen absurdem Verlangen nach Unabhängigkeit.

Es sind aber nicht nur die offensichtlichen rechtspopulistischen Bewegungen, wie sie sich durch die Politik Donald Trumps oder von Pegida bis zu den Erfolgen der AfD zeigen. Auch innerhalb der »Parteien der Mitte«, wie der CDU, formierte sich mit der »Werteunion« ein konservatives Bündnis, welches sich bewusst vom so proklamierten »Linkstrend« innerhalb der Bundes-CDU abgrenzen will (vgl. Onlineauftritt Werteunion). Deren konservatives Manifest bedient sich bekannter Rhetorik eines Kampfes gegen Radikalisierung, den sie vor allem im Islam und der Genderforschung realisiert sehen. Als Gegenmittel wird eine Rückbesinnung auf einen gesunden Patriotismus, Tradition und Heimat empfohlen. Gerade letztgenannter Begriff erfreute sich in den letzten Jahren einer Renaissance und kehrte zurück als anerkannter Terminus des öffentlichen

¹ Beispiele: Deutschland: AfD, Italien: Lega, Österreich: FPÖ, Niederlande: PVV, Frankreich: Front National. Eine ausführliche Darstellung aus dem Jahr 2017 findet sich auch unter: (Bundeszentrale für politische Bildung).

Raumes bis hin zu seiner institutionalisierten Form innerhalb des sogenannten »Heimatministeriums« (Dake 2021). Der Deutschlandfunk geht so weit, von einer »Aufladung des Heimatbegriffs mit der Idee des Nationalen« (Schröder 2018) zu sprechen, welche eine feststehende (deutsche) Identität als vorhanden und bewahrungswürdig annimmt und zum Zentrum ihrer Politik macht.

Auf einen ersten, offensichtlichen Blick widersprechen solche »Bewegungen der Schließung« der Öffnungsbereitschaft eben beschriebener postmoderner Sozialphilosophie, ihrer auf die Sensibilisierung für Kontingenz bauenden Theorien. Staatlichkeit wird an deutlich abgrenzbaren Mustern festgemacht, die von ökonomischen Autarkiebestrebungen bis zu einer Wiederbelebung starker Nationalgedanken reichen. Vor allem auf der kulturellen Ebene werden klare Werte und kulturelle Einheit gefordert. So resümiert der eben genannte Beitrag des Deutschlandfunks, dass die vertretenen Werte von konservativ bis rechts »als Anker in unsicheren, unübersichtlichen Zeiten in einer sich pluralisierenden Welt« (Schröder 2018) dienen. Wird der in den genannten Beispielen sich spiegelnde Zeitgeist so interpretiert, ist davon auszugehen, dass die postmoderne Politisierung der Negativität noch nicht angekommen ist und einer viel stärkeren Förderung bedarf. Gern wird von einem Wiederaufleben alter Muster der Kontingenzbewältigung gesprochen und damit im theoretischen Sinn auch eines klassischen, an Stabilität und Sicherheit orientierten Politikbegriffes in der neuzeitlichen Tradition à la Hobbes. Die als *Rückkehr zum Fundamentalismus* zu bezeichnende Bewegung verkündet entweder das Ende einer Ära des Postfundamentalismus, der, wie Habermas es nannte, »Neuen Unübersichtlichkeit« (Habermas 1996a), oder täuscht nur darüber hinweg, dass es eine solche jemals gab.

Gegen diese Lesart sind in den letzten Jahren Zweifel aufgekommen, weil beispielsweise der Rechtspopulismus und ein post-faktisches bzw. verschwörungstheoretisches Spektrum nicht restaurativ, sondern oft auch progressiv und verunsichernd wirken. Und auch innerhalb der linksorientierten Politiktheorie lassen sich Stimmen vernehmen, die insgesamt das Aufleben populistischer Bewegungen, unabhängig ihrer konkreten inhaltlichen Ausrichtung, als demokratischen Gewinn interpretieren. Marchart selbst warnt, dass die öffentliche Ablehnung des Populismus auch als antidebakalische Strategie eines »liberalen Antipopulismus« (vgl. Marchart 2017b) verstanden werden kann. *Es lässt sich also fragen, ob die gegenwärtigen Entwicklungen nicht auch Produkt von Kontingenzeinsicht sein können und nicht nur Kontingenzbewältigung?* Aus systematischen Gründen bieten sich zwei getrennte Fragestellungen und damit auch zwei Vorgehensweisen an.

Zuächst gilt es in Kapitel 5 zu erfassen, ob das Scheitern, die rechtspopulistische Adaption postmoderner Sozialphilosophie, nicht auf einen theoretischen Mangel verweist, der in der Selbstkritik der Autoren bereits deutlich geworden ist. Zeigt die Adaption, dass das *normative Ideal einer »konstanten (Selbst-)Infragestellung«* im Zusammenhang mit den Begriffen von Demokratie, Solidarisierung und Politisierung nicht erfüllt werden kann, noch zu einer gerechteren Gesellschaft im Sinne des Ideals führt? Dieses Problem wurde mittlerweile auch aus linker Selbstbetrachtung erkannt. In Folge des Selbstentfremdungstheorems sei linke Theorie entweder zu sehr mit Selbstkritik beschäftigt, weil das Ideal der Dekonstruktion auch auf sie selbst angewendet wird, oder sie hat Probleme, bis auf die Notwendigkeit von Kontingenz, etwas mit eingehender

Überzeugung vertreten zu können. Im Extremfall schließt sich daran ein motivionales bzw. strategisches Problem an, weil eine unüberzeugte Überzeugung sich nur schwer vermitteln lässt, gleichwohl sie ein besonderes Maß an Reflexivität verkörpert (Praxisvorwurf). Mit der Absage an jegliche Form von Metaphysik bleibt allein Kritik als Kern der Theorie übrig;² ein Moment, welches sich zuweilen auch in der schwierigen normativen Positionierung innerhalb der Bewegungsforschung der letzten Jahre zeigt, wenn Kritik zwar als Kritik erkenntlich ist, aber nicht, wie im Fall des Rechtspopulismus, den pluralistischen Werten entspricht (Normativismusvorwurf). Hier gilt es, philosophisch-systematisch zu fragen, ob der erhoffte Sprung von Erkenntniskritik zu Sozialphilosophie, wie in Teil II besprochen, zu leisten ist. Die Kritik soll nicht darin bestehen, nach Formen der Umsetzung zu suchen, sondern die *Kohärenz der Theorie* zu befragen (*systematisch-formale Ebene*).

Weiterhin leiten die so angerissenen Probleme über zu der Frage, inwieweit die anempfohlene »Therapie« ihre Wirkung erweist. Es gilt nach der Überzeugungskraft oder, wie im vorherigen Kapitel dargestellt, nach der Plausibilität einer positiv gewendeten Kontingenzeinsicht zu fragen (*kulturell-normativer Ebene*). Die Behauptung ist, dass der Sinn für Kontingenz und Selbstentfremdung auch zu undemokratischen Formen der Solidarisierung und Politisierung führt, die sich zwar analog zur »Postmodernen Sozialphilosophie« beschreiben lassen, aber nicht ihren normativen Ansprüchen entsprechen (Negativismusvorwurf), soll heißen, weder in gesteigertem Verantwortungsbewusstsein, der Anerkennung von Pluralität oder Sensibilisierung für das Leid anderer noch sinnvollerer Politisierung münden. Lässt sich dies zeigen, kommt der »Permanenz der Negativität« auch ein *Moment der Depolitisierung* zu, zumindest im Vergleich zu dem normativen Begriff von Politisierung aus Teil II.

Eine solche Intuition ist nicht völlig neu. Gerade kulturphilosophische Untersuchungen zur Moderne unterstellen dem modernen Zeitgeist immer wieder ein gewachsenes Kontingenzbewusstsein, ohne aber die befreienden oder solidarischen Wirkungen mitzutragen. Auch innerhalb der sozialphilosophischen Renaissance-Literatur findet sich eine Artikulation von Kontingenz, die aber nicht den Konsequenzen der jungen postfundamentalistischen und radikaldemokratischen Lektüre entspricht. Selbst für den deutschen Diskurs zeigte sich, wie in Teil I dargelegt, in der Tradition der Ritterschule ein Umgang mit Kontingenz, der mehr zu stabilisierenden denn zu aktivierenden Politiken aufruft. Es wird darum gehen, durch die Rekonstruktion der proble-

² Ein Artikel aus Sicht des konservativen Denkers Augusto Del Noce, welcher diese Tendenz besonders innerhalb des Marxismus und dessen realpolitischem Scheitern analysiert, formuliert deshalb passend: »If values like justice and human dignity do not have an objective reality rooted in a metaphysical order knowable by reason, then social criticism becomes purely negative.« (Lancellotti 2019) Noch radikaler formulierte es die seit geraumer Zeit zum konservativen Medium aufgestiegene *Neue Zürcher Zeitung*. In einem Artikel von Albrecht Koschorke mit dem Titel *Die akademische Linke hat sich selbst dekonstruiert* heißt es: »Auch politisch streben sie in entgegengesetzte Richtungen: dort ein buntes Spektrum von Postmarxisten, Feministen, sprachspielerischen Ironikern oder Dekonstrukteuren; hier eine Sammlungsbewegung von Ethnonationalen, identitären und neoautoritären Verächtern demokratischer Spielregeln. Trotzdem stellt sich zuweilen der Eindruck einer unbehaglichen Nähe zwischen den beiden epochenprägenden Richtungen her.« (Koschorke 2018)

matischen Rationalität der postmodernen Sozialphilosophie Erkenntnisse zur problematischen Struktur der Politik und des Zeitgeistes zu entwickeln.

Die beiden Analyseebenen sind nicht immer trennbar. Auf der einen Seite wird ein Zusammenhang postuliert, welcher als Zusammenhang von Erkenntniskritik und Gesellschaftstheorie beschrieben wurde. Zumindest systematisch muss die Möglichkeit bestehen, kausale Zusammenhänge zu beschreiben und zu kritisieren. Auf der anderen Seite ist Kontingenzeinsicht nicht nur durch eine kausallogische Herleitung verständlich, sondern als »dianoetischer« Terminus, wie anfangs dargelegt, durch ihren Einsichtscharakter. Deshalb sprachen die Autoren von *Plausibilisierung* und das vorherige Kapitel von *Therapie und Kulturpolitik*. Die folgende Kritik versucht, beiden Ansprüchen Genüge zu leisten.

Um es bereits an dieser Stelle deutlich zu machen: Genauso, wie die »Dialektik der Aufklärung« versuchte, eine Kritik der Kritik zu formulieren, soll auch hier versucht werden, eine in diesem Sinne Kritik der Kritik der Kritik zu formulieren. Es geht demnach um Selbstproblematisierung und nicht um eine grundlegende Ablehnung.

Um diesen Fragen nachzugehen, wird das Kapitel wie folgt aufgebaut sein: In einem ersten Teil wird nach den Problemen zwischen Erkenntniskritik und Gesellschaftstheorie gefragt. Mit dem Titel *Der unmögliche Sprung* (5.) soll die Permanenz der Negation, angelegt im Kontingenzbegriff, auf ihre argumentative Stärke hin befragt werden. Neben dem Relativismusvorwurf wird der Vorwurf einer Reduktion auf Unbestimmtheit in den Mittelpunkt gestellt. Es gilt zu zeigen, dass die Vorstellung einer positiven Entfremdung oder Entzweiung nur als bloße Verfügbarkeit zu denken ist. Der Preis dieser Umwertung ist Überbewertung des Neuen unabhängig von dessen inhaltlicher Bestimmung. *Entzweiung als bloße Verfügbarkeit* (6.) fasst das systematische Moment zusammen und leitet über zu Fragen der »Therapie«. Das darauffolgende Kapitel diagnostiziert ein *Scheitern der therapeutischen Ansprüche* (7.), indem den Dimensionen aus Teil II, nämlich der praktischen Urteilskraft, ästhetischen Bildung und Aktivierung des Politischen, nachgegangen wird. Es wird jeweils die Theorie erläutert und anhand von aktuellen Beispielen deren Kritik dargestellt. Den Abschluss bildet eine Zusammenführung der systematischen als auch therapeutischen Kritik unter dem Begriff der *Affirmation der Kontingenz als fehlgeleitete Kulturpolitik* (8). Der gesamte Teil III ist analog zur Systematik von Kapitel 4., der Rekonstruktion des Paradigmas, strukturiert.